

SERIE

Frieden und Aufrüstung

Alle Beiträge der Serie in einem Dokument, in der Lesereihenfolge. Stand: 8. November 2026.

Wie Europa auf Bedrohungen reagiert: wie schnell es aufrüstet, wie langsam es verhandelt und wer bezahlt. Den Anfang machen die am 2. November aus der Ferne manipulierten Supermarkt-Tiefkühler, um Fakten von Verdacht zu trennen. Dann zwei Analysen: die Rechnung der Aufrüstung, also welche Regeln für Waffen geändert wurden und nicht für öffentliche Leistungen, und die Grenzen der Selbstverteidigung, mit den ukrainischen Angriffen in Russland Fall für Fall geprüft. Den Abschluss bildet ein namentlich gezeichneter Meinungsbeitrag über die Asymmetrie zwischen Verteidigung und Diplomatie.

INHALT

1. Tiefkühler auf 50 Grad: Wer Europas Supermärkte angegriffen hat und was wir wirklich wissen
2. Die Rechnung der Aufrüstung: wer zahlt, und nach welchen Regeln
3. Wie weit Selbstverteidigung reicht: die ukrainischen Angriffe in Russland, einer nach dem anderen
4. Aufrüstung wird kalt serviert

Tiefkühler auf 50 Grad: Wer Europas Supermärkte angegriffen hat und was wir wirklich wissen

KURZ GEFASST

- In der Nacht vom 1. auf den 2. November manipulierten Cyberangriffe die Kühlsysteme von Supermärkten in mindestens elf europäischen Ländern, darunter Italien. In vielen Fällen wurden Tiefkühler auf 50 Grad gebracht. Tonnen von Lebensmitteln wurden weggeworfen.
- Es war die Wiederholung eines Angriffs vom 12. Oktober in Frankreich. In beiden Fällen war das Ziel eine Fernsteuerungssoftware, teils veraltet und ohne ausreichenden Schutz im Netz zugänglich.
- Am 4. November bekannten sich zwei prorussische Gruppen, NoName057(16) und Z-Pentest, auf Telegram zu den Angriffen. Die Nachrichten wurden später gelöscht, niemand hat sie unabhängig überprüft.
- Die USA und Dänemark hatten bereits 2025 auf Verbindungen dieser Gruppen zum russischen Staat hingewiesen; laut der US-Anklage ist Z-Pentest ein anderer Name einer vom russischen Militärgeheimdienst gesteuerten Gruppe. Für die Angriffe auf die Kühlgeräte hat jedoch keine Behörde Beweise für eine staatliche Steuerung veröffentlicht. Der Kreml bestreitet sie.
- Völkerrechtlich ist der Unterschied entscheidend: Ein Staat haftet für das Handeln seiner Organe oder derer, die unter seiner Kontrolle handeln, nicht für das Handeln von Sympathisanten. Er ist aber auch verpflichtet, sein Gebiet nicht zur Schädigung anderer nutzen zu lassen.

Eine Kühltheke im Supermarkt ist ein banaler Gegenstand. Weniger banal wird sie, wenn man feststellt, dass man den Laden gar nicht betreten muss, um sie verrückt spielen zu lassen: Es genügt, im Netz das Bedienfeld zu finden, das sie steuert. In der Nacht zum 2. November hat das jemand in Hunderten Filialen getan, von Dublin bis Bukarest. Wer es war, ist die Frage, auf der binnen weniger Tage eine ganze politische Deutung aufgebaut wurde. Dieser Beitrag versucht, das, was wir wissen, von dem zu trennen, was gesagt wird.

DIE FAKTEN

Frankreich, 12. Oktober. Der erste Angriff dieser Serie traf mehrere hundert französische Supermärkte. Die Polizei zählte rund 700 manipulierte Kühleinheiten in Ketten wie

Intermarché, Coopérative U, Carrefour, Leclerc und Monoprix, mit Schäden von über 130.000 Euro (GreenMe). Die Angreifer hatten alte Versionen der Danfoss-Software zur Fernüberwachung der Anlagen genutzt (Informat.ro). Laut einem von CNN zitierten Experten waren vor dem Angriff mehr als 1.700 Installationen dieser Software im Netz sichtbar (QN).

Europa, 2. November. Drei Wochen später wiederholte sich dieselbe Technik im kontinentalen Maßstab. Die Angreifer schalteten die Verdampfer von Kühl- und Tiefkühlgeräten in den Abtaumodus und ließen die Temperaturen auf bis zu 50 Grad steigen (Teleborsa; Cybernews). Betroffen sind mindestens elf Länder (Euronews); andere Quellen zählen zwölf, darunter Belgien, die Niederlande, Schweden, Estland, Irland, Deutschland, Rumänien und Portugal (RetailDetail). In Irland nahm die Kette SuperValu in 13 Läden Waren aus dem Verkauf; in Belgien sprach Carrefour von etwa 15 von 700 Filialen (Cybernews; TweakTown).

Italien. Angriffe wurden in Sizilien registriert, mindestens drei Filialen in Catania und eine in Palermo, sowie in der Toskana und der Emilia-Romagna, wo die Nationale Agentur für Cybersicherheit einen Angriff auf ein Tiefkühlunternehmen feststellte (Open). Am 3. November rief die Regierung im Palazzo Chigi die Agentur und die Leiter der Nachrichtendienste zusammen; die Abschlussmitteilung sprach von begrenzten Auswirkungen auf die Lieferkette (ItaliaOggi).

Die Ermittlungen. In Belgien leitete die Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren ein (Al Jazeera). Die Europäische Kommission rief Agenturen und nationale Behörden zusammen, schrieb die Angriffe aber keinem Staat und keiner Gruppe zu (Informat.ro). Agrarkommissar Christophe Hansen nannte sie einen gezielten Versuch, die Lebensmittelkette zu treffen (Informat.ro).

WER ES WAR: DREI EBENEN, DIE MAN NICHT VERWECHSELN DARF

1. Das Bekenntnis. Am 4. November bekannten sich NoName057(16) und Z-Pentest gemeinsam zu den Angriffen, mit einem Video und einigen später gelöschten Telegram-Nachrichten. NoName057(16) soll zudem eine Stichprobe von über 2.500 Zeilen mit Benutzernamen und Passwörtern von Danfoss-Mitarbeitern und -Kunden veröffentlicht haben. Niemand hat sie überprüft. Ein von Cybernews zitierter Forscher bezweifelt, dass die Gruppen die Systeme tatsächlich geknackt haben, statt sich die Tat zuzuschreiben, nachdem die Medien sie als Verdächtige genannt hatten (Cybernews). Laut Agenda Digitale enthält die Mitteilung keine exklusiven technischen Daten, die nur die Täter kennen könnten (Agenda Digitale).

2. Die Verbindungen der Gruppen nach Moskau. Hier gibt es Beweise, aber sie betreffen die Vergangenheit. Am 9. Dezember 2025 erhob das US-Justizministerium Anklagen, die die Unterstützung der russischen Regierung für NoName057(16) und eine weitere Gruppe

beschreiben, Cyber Army of Russia Reborn, die laut Anklage auch den Namen Z-Pentest benutzt und vom russischen Militärgeheimdienst GRU gegründet, finanziert und gesteuert wurde (Kyiv Independent). Wenige Tage später schrieb Dänemark Z-Pentest einen Angriff von 2024 auf eine Wasseraufbereitungsanlage zu. Laut dem Sicherheitsunternehmen Forescout haben in Russland ansässige Gruppen seit Anfang 2026 mindestens 20 Angriffe auf Kühlsysteme für sich reklamiert (Pillitteri, der DOJ, dänische Regierung und Forescout zusammenfasst). Der Verdacht kommt also nicht aus dem Nichts.

3. Die Steuerung durch den russischen Staat. Das ist der unbewiesene Teil. Für die Angriffe auf die Kühlgeräte hat keine Behörde Beweise für eine staatliche Steuerung veröffentlicht (gleiche Quelle). Der Kreml nannte die Vorwürfe „absurd“ (AFP, via Macau Business). Ein belgischer Experte sagte, er sei sich „zu 95 Prozent sicher“, dass es sich um russische Sabotage handle (RetailDetail): eine fachliche Einschätzung, kein Beweis.

Den Schritt von der ersten zur dritten Ebene hat die öffentliche Debatte am schnellsten vollzogen. In Italien etwa sprach die Regierung am 3. November von einer russischen Spur, noch vor jedem Bekenntnis (Pillitteri).

DIE SCHWACHSTELLE

Wer auch immer der Täter ist: Die Tür stand offen. Laut Sicherheitsexperten laufen in Europa rund 13.000 Kühlsysteme noch mit veralteter Software und bekannten Schwachstellen (dev.ua). Bis zu dieser Welle hatte niemand gedacht, dass solche Anlagen eine hochrangige Cyberabwehr brauchen (QN). Die von der französischen Behörde CERT-FR genannten Gegenmaßnahmen sind einfach: die Anlagen vom direkten Internetzugang trennen, Standardpasswörter ändern, die Firmware aktualisieren, den Zugang nur über VPN wieder öffnen (Pillitteri). Am 4. November wurde in Frankreich ein gleichartiger Angriff auf die Kühlräume von drei Blutkonservenzentren vereitelt (Liga.net).

RECHTLICHER KOMMENTAR

Wann ein Angriff einem Staat zuzurechnen ist. Nach Völkerrecht haftet ein Staat für das Handeln seiner Organe sowie von Personen oder Gruppen, die auf seine Anweisung, unter seiner Leitung oder Kontrolle handeln (Artikel 4 und 8 der Artikel über die Staatenverantwortlichkeit der Völkerrechtskommission, 2001). Im Fall Nicaragua gegen die Vereinigten Staaten (1986) verlangte der Internationale Gerichtshof eine „effektive Kontrolle“ über die einzelnen Operationen (IGH). Allgemeine Unterstützung oder politische Sympathie reichen nicht.

Die Sorgfaltspflicht. Es gibt jedoch eine zweite Pflicht. Schon 1949 stellte der Gerichtshof im Fall der Straße von Korfu fest, dass kein Staat wissentlich zulassen darf, dass sein Gebiet gegen die Rechte anderer Staaten genutzt wird (IGH). Wenn Gruppen, die den Behörden eines Landes bekannt sind, wiederholt die Infrastruktur eines anderen angreifen, ist der Staat, von dem aus sie operieren, verpflichtet, sie zu stoppen, auch wenn er sie nicht steuert.

Welche Art von Verletzung. Zivile Anlagen eines anderen Landes aus der Ferne zu beschädigen, mit wirtschaftlichen Verlusten, aber ohne Tote oder Zerstörungen, die einer militärischen Aktion vergleichbar wären, erreicht kaum die Schwelle des „bewaffneten Angriffs", der Selbstverteidigung erlaubt (Artikel 51 der UN-Charta). Es liegt näher an einer Verletzung der Souveränität oder des Interventionsverbots. Die zulässigen Antworten sind daher anderer Art: Ermittlungen, diplomatische Maßnahmen, Sanktionen. Die EU hat seit 2019 ein eigenes Sanktionsregime für Cyberangriffe.

SYMMETRIETEST

Derselbe Maßstab bei den Beweisen. Wenn wir einen öffentlichen Beweis verlangen, bevor wir Moskau einen Angriff zuschreiben, gilt dieselbe Forderung für Cyberangriffe, die die Presse westlichen Staaten zuschreibt, etwa den Stuxnet-Virus gegen iranische Zentrifugen, den die USA und Israel nie offiziell eingeräumt haben.

Dieselbe Nacht. In denselben Stunden wie die Angriffe auf die Kühlgeräte zeigten die Luftalarm-Apps der Ukraine und Russlands falsche Atomalarme. Kyjiw beschuldigte Moskau; auch die russische App war getroffen worden, und niemand bekannte sich (TweakTown). Der Cyberkrieg hat nicht nur einen Urheber.

Derselbe Maßstab bei der Vorbeugung. Wer von Moskau verlangt, die von seinem Gebiet aus operierenden Gruppen zu stoppen, muss von den europäischen Betreibern verlangen, die Türen zu schließen, die sie offen lassen. Die beiden Verantwortungen schließen sich nicht aus.

UNSER URTEIL

Dieser Abschnitt gibt die Position der Seite wieder. Er ist von den oben dargestellten Fakten getrennt.

Der Verdacht gegen die prorussischen Gruppen ist begründet: Sie haben Vorläufer, sie haben sich gebrüstet, und zwei westliche Regierungen haben ihre Verbindungen zum russischen Staat dokumentiert. Aber ein begründeter Verdacht ist kein Beweis, und der Unterschied zählt gerade deshalb, weil die politischen Folgen groß sind. Behörden, die von „hybridem Krieg" sprechen, sollten veröffentlichen, was sie wissen, wie es Dänemark bei der Wasseranlage getan hat.

In der Zwischenzeit gibt es etwas, das man tun kann, ohne auf irgendeine Zuschreibung zu warten: die Software aktualisieren und die offen liegenden Bedienfelder vom Netz nehmen. Es kostet wenig, und es ist die Abwehr, die die Tiefkühler auf 50 Grad verhindert hätte.

WAS ZU BEOBACHTEN IST

- Die Ermittlungen der belgischen Staatsanwaltschaft und der nationalen Behörden: ob jemand technische Beweise zum Täter veröffentlicht.
- Ob Kommission oder Rat die Angriffe förmlich zuschreiben und ob sie das Cyber-Sanktionsregime nutzen.
- Die Überprüfung der von NoName057(16) veröffentlichten Stichprobe von Danfoss-Zugangsdaten.
- Neue Angriffe auf Kühlräume von Krankenhäusern, Transfusionszentren und Lebensmittellagern.
- Die Zahlen: wie viele der offen liegenden Systeme abgesichert werden.

Quellen: GreenMe · Informat.ro · QN · Teleborsa · Cybernews · Euronews · RetailDetail · TweakTown · Open · ItaliaOggi · Al Jazeera · Informat.ro · Cybernews · Agenda Digitale · Kyiv Independent · Pillitteri, der DOJ, dänische Regierung und Forescout zusammenfasst · AFP, via Macau Business · dev.ua · Liga.net · IGH · IGH

Die Rechnung der Aufrüstung: wer zahlt, und nach

welchen Regeln

KURZ GEFASST

- Auf dem NATO-Gipfel in Den Haag (Juni 2025) haben sich die Verbündeten verpflichtet, bis 2035 5 % des BIP auszugeben: mindestens 3,5 % für die eigentliche Verteidigung, bis zu 1,5 % für kritische Infrastruktur, Netze und Zivilschutz.
- Die Zahl hat Washington verlangt und anschließend der einzigen Regierung, die sich entzog, der spanischen, mit Zöllen gedroht. Das Handelsabkommen zwischen EU und USA vom Juli 2025 schnürt Zölle von 15 % und Käufe amerikanischer Waffen in ein Paket; laut dem US-Botschafter bei der NATO betrifft etwa die Hälfte der neuen Zusagen der Verbündeten in den USA hergestellte Waffen.
- Die Europäische Union hat schnelle Instrumente für die Verteidigung geschaffen: 150 Milliarden an Krediten (SAFE), in rund zehn Wochen mit einem Dringlichkeitsverfahren beschlossen, das das Europäische Parlament ausschließt; eine Ausnahme vom Stabilitätspakt, die mehr Defizit erlaubt, aber nur für die Verteidigung (und seit Juni 2026 für einen Teil der Energieausgaben); einen Haushaltsvorschlag für 2028–2034, der die Mittel für Verteidigung und Raumfahrt verfünffacht.
- Dieselben Ausnahmen gibt es nicht für Gesundheit, Bildung, Justiz oder Diplomatie. Der Anteil des EU-Haushalts für Konfliktprävention ist gesunken, und ein diskutierter Vorschlag würde das Instrument, das sie finanziert, doppelt so stark kürzen wie den Rest.
- Wer schon gezahlt hat: die Entwicklungshilfe im Vereinigten Königreich und in Belgien, die zivile Infrastruktur im Vereinigten Königreich, ein Feiertag in Dänemark. In Italien warnt das parlamentarische Haushaltsamt, dass es nach dem Ende der Ausnahme ab 2029 schwieriger wird; die Regierung sagt, der Sozialstaat werde nicht angetastet.
- Ob die Ausgaben „zu hoch“ sind, hängt von einem Vergleich ab, den die Zahlen nicht entscheiden: In Dollar gemessen gibt Europa fast dreimal so viel aus wie Russland; nach Kaufkraft gemessen schrumpft der Abstand stark. Die NATO-Erklärung verknüpft die 3,5 % mit den Fähigkeitszielen des Bündnisses, die jedoch geheim sind: Kein Bürger kann prüfen, ob die Zahl dem Bedarf entspricht.

Die Zahl, die über die europäischen Militärausgaben der nächsten zehn Jahre entscheidet, ist in einer Verhandlung entstanden. Die 5 % des BIP sind die von der Regierung Trump verlangte und von den Verbündeten in Den Haag akzeptierte Zahl, aufgeteilt in zwei Posten, um sie tragbar zu machen. Die NATO sagt, der erste Posten diene dazu, ihre Fähigkeitsziele zu erreichen; diese Ziele sind jedoch nicht öffentlich. So erklären die europäischen Regierungen in der Debatte nicht, was gebraucht wird: Sie erklären, wie sie den Prozentsatz erreichen wollen. Diese Analyse folgt dem Geld: woher es kommt, welche Regeln geändert wurden, um es zu finden, und wer Gefahr läuft, es zu verlieren.

DIE FAKTEN

Die Verpflichtung. Am 25. Juni 2025 unterzeichneten die 32 Verbündeten eine Erklärung, die sie verpflichtet, bis 2035 mindestens 3,5 % des BIP für den „Kernbedarf der Verteidigung" auszugeben und bis zu 1,5 % für den Schutz kritischer Infrastruktur, die Verteidigung der Netze, die zivile Vorsorge und Widerstandsfähigkeit (LaPresse). Der zweite Posten ist weniger genau bestimmt als der erste, und darauf kommen wir zurück.

Die europäischen Instrumente. Im März 2025 stellte die Kommission den Plan ReArm Europe vor, später in Readiness 2030 umbenannt, mit dem Ziel, mehr als 800 Milliarden zu mobilisieren (Europäische Kommission). Die erste Säule, SAFE, bietet bis zu 150 Milliarden an Krediten für gemeinsame Rüstungskäufe (Rat der EU). Die zweite ist eine Ausnahme von den Haushaltsregeln, die wir unten behandeln. Im Vorschlag für den Haushalt 2028–2034 sieht die Kommission 131 Milliarden für Verteidigung und Raumfahrt vor, fünfmal so viel wie heute (Kommission, via FastForward).

Die tatsächlichen Ausgaben. Laut dem schwedischen Institut SIPRI gaben die 29 europäischen NATO-Mitglieder 2025 559 Milliarden Dollar aus, und 22 von ihnen lagen über 2 % des BIP. Russland gab 190 Milliarden aus, 7,5 % seines BIP; die Ukraine 84 Milliarden, 40 % des ihren (SIPRI).

WOHER DIE 5 % KOMMEN

Der Druck. Die Zahl hat Washington verlangt und mit Handelsdrohungen begleitet. In Den Haag lehnte nur die spanische Regierung das Ziel ab: Sie unterzeichnete die Erklärung, verpflichtete sich aber auf 2,1 %, mit dem Argument, das reiche aus, um die vom Bündnis geforderten Fähigkeiten zu erfüllen, ohne die Sozialausgaben zu gefährden (La Notizia). Der US-Präsident antwortete auf einer Pressekonferenz, er werde Spanien im Zollabkommen „das Doppelte" zahlen lassen (Sky TG24); im Oktober brachte er einen Ausschluss aus der NATO ins Spiel (Open); auf dem Gipfel von Ankara im Juli 2026 sagte er, er wolle keine Geschäfte mehr mit

Spanien machen, und forderte seinen Finanzminister auf, zu „kürzen“ (AFP, via Kuwait Times). Am Vorabend desselben Gipfels schloss die Regierung Sanktionen gegen säumige Verbündete nicht aus, Zölle eingeschlossen (Washington Examiner).

Waffen und Handel im selben Paket. Einen Monat nach Den Haag, am 27. Juli 2025, legte das Handelsabkommen zwischen den USA und der EU Zölle von 15 % auf die meisten europäischen Waren fest und stellte neben die Energiekäufe die europäische Absicht, große Mengen amerikanischer Rüstungsgüter zu kaufen (Al Jazeera). Laut dem US-Botschafter bei der NATO betrifft von den rund 139 Milliarden Dollar an neuen Zusagen, die die Verbündeten nach Den Haag gemacht haben, etwa die Hälfte Ausrüstung, Waffen und Munition aus US-Produktion (Washington Examiner).

Nicht nur Washington. Falsch wäre es allerdings, die europäische Aufrüstung als ausgeführten Befehl darzustellen. Der Plan ReArm Europe wurde im März 2025 vorgestellt, drei Monate vor Den Haag, auch aus Angst, die USA würden Europa nicht mehr verteidigen. Polen und die baltischen Staaten forderten seit Jahren höhere Ausgaben, und der estnische Regierungschef sagte, alle, Spanien eingeschlossen, sollten 5 % erreichen (Euronews). Der amerikanische Druck hat Zahl und Zeitplan festgelegt; die Angst vor Russland, und vor den USA, tat den Rest.

EINE REGEL FÜR WAFFEN, KEINE FÜR LEISTUNGEN

Die Ausnahme. Der Stabilitätspakt begrenzt das Wachstum der öffentlichen Ausgaben der EU-Staaten. Am 19. März 2025 stellte die Kommission fest, dass der russische Einmarsch in die Ukraine ein „außergewöhnlicher Umstand“ ist, der die Aktivierung der nationalen Ausweichklausel erlaubt, und forderte die Staaten auf, sie koordiniert zu nutzen (Osservatorio CPI). Praktisch darf ein Staat vier Jahre lang bis zu 1,5 % des BIP mehr ausgeben, ohne den Pakt zu verletzen, sofern das Geld in die Verteidigung fließt (Italpress). Im Februar 2026 waren siebzehn Staaten zugelassen (Eunews). Am 8. Oktober gab die Kommission auch Italien grünes Licht, für die Verteidigung und, seit diesem Jahr, für einen Teil der Energieausgaben (Il Post).

Was fehlt. Eine vergleichbare Ausnahme für Gesundheit, Bildung, Justiz oder den Erhalt der zivilen Infrastruktur gibt es nicht. Eine Regierung, die mit demselben für Waffen gewährten Defizit Ärzte einstellen oder Schulen sanieren wollte, würde gegen die Regeln verstoßen. Das ist keine Anklage: Es ist der Wortlaut der Regeln. Die Folge ist jedoch, dass bei gleichem Bedarf die Militärausgabe am leichtesten zu finanzieren ist.

Das Verfahren. Auch die Fristen unterscheiden sich. SAFE wurde am 19. März 2025 vorgeschlagen und am 27. Mai angenommen. Um schnell zu sein, wählte die Kommission Artikel 122 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU, eine Notfallklausel, die das Europäische

Parlament von der Entscheidung ausschließt. Das Parlament hat den Gerichtshof ersucht, die Verordnung für nichtig zu erklären, und ficht nicht den Inhalt, sondern die Methode an (La Notizia); das Verfahren ist anhängig.

WER SCHON GEZAHLT HAT

Die Entwicklungshilfe. Im Februar 2025 beschloss das Vereinigte Königreich, die Verteidigung bis 2027 auf 2,5 % des BIP zu bringen, und finanzierte die Erhöhung durch eine Kürzung der Entwicklungshilfe von 0,5 % auf 0,3 % des BIP; die zuständige Ministerin trat zurück (LaPresse). Belgien kürzte seinen Entwicklungshaushalt um 25 % (Brussels Times).

Die zivile Infrastruktur. Im am 30. Juni 2026 vorgestellten Plan finanzierte die britische Regierung die höheren Verteidigungsausgaben auch durch Kürzungen bei zivilen Infrastrukturprojekten, von Straßen bis Energie (laRegione).

Die Arbeit. 2023 schaffte Dänemark einen religiösen Feiertag ab, den Store Bededag, um jährlich rund 400 Millionen Euro für die Verteidigung zu gewinnen; drei von vier Dänen waren dagegen (Il Post; Italienische Handelskammer in Dänemark).

Die Konfliktprävention. Im EU-Haushalt ist der Anteil für Friedensförderung und Konfliktprävention seit 2021 von 3,7 % auf 2,6 % gesunken (FIIA). Für 2028–2034 würde ein Vorschlag der irischen Ratspräsidentschaft das Instrument, das auch die Friedensförderung finanziert, Global Europe, um fast 16 % kürzen, doppelt so stark wie im Durchschnitt (IRC).

Der Fall Italien. Hier gibt es noch keine Kürzungen, und die Debatte ist offen. Mitte Oktober sagte die Ministerpräsidentin, die Mittel für die Verteidigung seien „kein Geld, das dem Gesundheitswesen oder der Schule weggenommen wird“. Am 12. Oktober hatte das parlamentarische Haushaltsamt in einer Anhörung erklärt, die Ausnahme erhöhe das Defizit, schaffe aber keine dauerhaften Ausgabenspielräume, und ab 2029, wenn die Klausel ausläuft, werde das Bild schwieriger: Ein großer Teil der Mittel betrifft Personal und mehrjährige Programme, die mit der Ausnahme nicht enden. Das Amt forderte die Regierung auf, schon im Haushaltsgesetz anzugeben, wie Verteidigung und Energie nach 2028 finanziert werden (Teleborsa; Il Fatto Quotidiano). Mit anderen Worten: Heute zahlt man auf Pump, morgen muss jemand die Schulden zahlen.

DER ETIKETTENTRICK

Der Posten der 1,5 % ist weit gefasst: Schutz der Infrastruktur, Netze, zivile Vorsorge, Innovation, industrielle Basis. Hier versuchen manche Regierungen, bereits beschlossene Ausgaben unterzubringen. Im Juli 2025 erwog die italienische Regierung, die Brücke über die

Straße von Messina, rund 13,5 Milliarden, und den neuen Wellenbrecher im Hafen von Genua als Infrastruktur von militärischem Wert anzurechnen (Il Post; Il Fatto Quotidiano). Der US-Botschafter bei der NATO antwortete, die Brücke habe keinen militärischen Wert; das Verkehrsministerium entgegnete, das Bauwerk werde aus staatlichen Mitteln und nicht aus Verteidigungsmitteln finanziert (Il Post; Open).

Das Etikett lässt sich in zwei Richtungen verwenden. Man kann ein ziviles Bauwerk „Verteidigung" nennen, um den Prozentsatz zu erreichen, ohne mehr auszugeben; oder man kann eine in Wahrheit militärische Ausgabe als „zivile Sicherheit" ausgeben. In beiden Fällen weiß der Bürger nicht mehr, was er bezahlt. L'Espresso hat es über Italien geschrieben: Seit Jahren werden die Verteidigungsausgaben nach buchhalterischen und nicht nach strategischen Zielen beurteilt (L'Espresso).

ZU VIEL ODER GENUG?

Das ist die schwierigste Frage, und die Zahlen beantworten sie nicht. Zu Marktwechselkursen in Dollar gemessen, sind die Ausgaben der europäischen NATO-Mitglieder fast dreimal so hoch wie die russischen. Nach Kaufkraftparität gemessen, also unter Berücksichtigung, dass in Russland ein Soldat oder eine Granate viel weniger kostet, schrumpft der Abstand fast auf null, und manche behaupten, Russland gebe mehr aus als ganz Europa zusammen (Money.it; IISS, via Startmag). Die beiden Maße beantworten verschiedene Fragen, und wer nur eines zitiert, hat das Ergebnis schon gewählt.

Was in jedem Fall fehlt, ist der Zwischenschritt in öffentlicher Form. Die Fähigkeitsziele der NATO, mit denen die Erklärung von Den Haag die 3,5 % verknüpft, sind geheim (LaPresse). Die Geheimhaltung darüber, was genau fehlt, hat nachvollziehbare militärische Gründe; aber ohne wenigstens eine öffentliche Fassung kann kein Parlament beurteilen, ob die Zahl stimmt. Die 5 % sind ein Ausgabenziel, kein Ergebnisziel. Man kann es erreichen, indem man das Falsche kauft, oder verfehlen und haben, was man braucht.

RECHTLICHER KOMMENTAR

Der EU-Haushalt und die Waffen. Der Vertrag über die Europäische Union verbietet, Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen aus dem gemeinsamen Haushalt zu finanzieren (Artikel 41 Absatz 2). Deshalb läuft der gemeinsame europäische Teil der Militärhilfe für die Ukraine über die Europäische Friedensfazilität, die außerhalb des Haushalts liegt und von den Staaten bezahlt wird, und deshalb hat SAFE die Form von Krediten. Das sind legitime Lösungen, aber sie verringern die Kontrolle des Europäischen Parlaments, das beim ordentlichen Haushalt Mitentscheidungsrechte hat.

Artikel 122. Die Klausel ist für gravierende Schwierigkeiten bei der Versorgung mit bestimmten Waren oder für außergewöhnliche Umstände gedacht. Sie wurde für die Pandemie und die Energiekrise genutzt. Sie für ein langfristiges Kreditprogramm zu nutzen, ist die Entscheidung, die das Parlament vor dem Gerichtshof anficht. Bestätigt der Gerichtshof sie, wird Artikel 122 zum üblichen Weg für dringende Entscheidungen, und was „dringend" ist, bestimmt die jeweilige Regierung.

Die Ausnahme vom Pakt. Die nationale Ausweichklausel (Artikel 26 der Verordnung (EU) 2024/1263) setzt außergewöhnliche Umstände außerhalb der Kontrolle des Staates voraus und Ausgaben, die die mittelfristige Tragfähigkeit der Schulden nicht gefährden. Der Krieg in der Ukraine kann ein außergewöhnlicher Umstand sein. Eine Ausgabenverpflichtung bis 2035, mit Personal und Programmen, die Jahrzehnte dauern, lässt sich schwerer unter das Wort „vorübergehend" fassen.

SYMMETRIETEST

Das Gegenargument. Manche argumentieren, Verteidigung und Sozialstaat seien keine Alternativen, sondern ergänzten sich: Ohne Sicherheit zieht Europa weniger Investitionen an, wächst weniger und kann am Ende den Sozialstaat nicht bezahlen. So schreibt es unter anderen Lorenzo Bini Smaghi, der darauf hinweist, dass die nordischen Länder mit dem stärksten Sozialstaat auch jene sind, die ihre Militärausgaben am meisten erhöht haben (IEP Bocconi). Das ist ein ernsthaftes Argument. Aber es gilt nur, wenn das Wachstum wirklich kommt, und es sagt nicht, wer in der Zwischenzeit zahlt.

Die Bedrohung ist real. Russland hat ein europäisches Land überfallen, gibt 7,5 % des BIP für Verteidigung aus, und der dänische Nachrichtendienst hält es für möglich, dass es innerhalb von fünf Jahren zu einem großen Krieg gegen Europa bereit ist (gleiche IISS-Quelle). Wer die Aufrüstung kritisiert, muss sagen, was er stattdessen vorschlägt: Es reicht nicht zu sagen, sie koste zu viel.

Derselbe Maßstab bei den Konten. Wenn wir „kreative Buchführung" anprangern, wenn eine Regierung eine Brücke Verteidigung nennt, müssen wir sie auch anprangern, wenn eine Regierung Rüstungsausgaben Infrastruktur nennt oder wenn Kritiker der Aufrüstung Zahlen nebeneinanderstellen, die Verschiedenes messen.

UNSER URTEIL

Dieser Abschnitt gibt die Position der Seite wieder. Er ist von den oben dargestellten Fakten getrennt.

Das Problem ist nicht, dass Europa sich verteidigt. Es ist, dass die Regeln nur in eine Richtung geändert wurden. Für Waffen ist das Defizit erlaubt, das Verfahren wird verkürzt, das Parlament umgangen, die Etiketten werden ausgeweitet. Für Schule, Gesundheit, Justiz und Diplomatie gelten die alten Regeln, in manchen Fällen tiefere Kürzungen. Bei gleichem Bedarf gewinnt immer die Ausgabe mit den bequemsten Regeln.

Eine so beschlossene Aufrüstung ist unverhältnismäßig, nicht weil die Bedrohung erfunden wäre, sondern weil die Zahl vor dem Bedarf kommt und die Kosten in die Zukunft verschoben werden, auf Haushalte, die die Schulden zurückzahlen müssen, wenn die Ausnahme endet. Und sie ist gefährlich, weil jeder ohne Plan ausgegebene Euro keine Sicherheit kauft und jedes Jahr der Aufrüstung ohne diplomatischen Kanal genau den Krieg wahrscheinlicher macht, den man angeblich vermeiden will.

WAS MAN TUN KANN

Die folgenden Vorschläge sind auch die Grundlage eines Manifests und einer Petition der Seite.

1. **Eine Sozialklausel.** Keine Erhöhung der Verteidigungsausgaben, die durch Kürzungen bei Gesundheit, Bildung, Justiz und ziviler Infrastruktur finanziert wird. Wenn für Waffen mehr Defizit erlaubt ist, muss dieselbe Regel die grundlegenden Leistungen schützen.
2. **Erst der Bedarf, dann die Zahl.** Jede Regierung legt dem Parlament eine öffentliche Fassung der fehlenden Fähigkeiten und ihrer Kosten vor und begründet die Ausgaben damit, nicht mit einem Prozentsatz des BIP.
3. **Ehrliche Etiketten.** Getrennte und überprüfbare Abrechnungen für die eigentliche Verteidigung und für die zivile Sicherheit. Kein ziviles Bauwerk als Verteidigung gezählt, keine Militärausgabe unter der Infrastruktur versteckt.
4. **Das Parlament entscheidet.** Keine Dringlichkeitsverfahren wie Artikel 122 für langfristige Programme.
5. **Gleichrang für die Diplomatie.** Die Konfliktprävention wird nicht stärker gekürzt als der Rest des Haushalts, und die EU gibt sich einen Gesandten mit Mandat für Verhandlungen über die Ukraine.
6. **Wir entscheiden.** Die Verteidigungsausgaben werden nach dem europäischen Bedarf festgelegt, nicht unter der Drohung von Zöllen, und nicht an Handelsabkommen gebunden. Käufe werden danach ausgewählt, wozu sie dienen, nicht nach der Flagge des Herstellers: weder um Washington zufriedenzustellen noch um die europäische Industrie zu begünstigen.

Wer handeln will, hat einige echte Hebel: das nationale Parlament, das den Haushalt beschließt und der Regierung im Rat die Richtung vorgibt; Petitionen an das Europäische Parlament

(Artikel 227 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU); die Wahl.

WAS ZU BEOBACHTEN IST

- Das Urteil des Gerichtshofs über die Klage des Europäischen Parlaments gegen SAFE.
- Die Verhandlungen über den EU-Haushalt 2028–2034: die Mittel für Verteidigung und für Global Europe.
- Die nationalen Haushaltsgesetze für 2027: woher das Geld für die Verteidigung kommt.
- Die Entscheidung des Rates über die Ausweichklausel für Italien, erwartet bis November.
- Die nationalen Pläne, die die Verbündeten jedes Jahr der NATO vorlegen müssen, und was sie darin anrechnen.

Quellen: LaPresse · Europäische Kommission · Rat der EU · Kommission, via FastForward · SIPRI · La Notizia · Sky TG24 · Open · AFP, via Kuwait Times · Washington Examiner · Al Jazeera · Euronews · Osservatorio CPI · Italpress · Eunews · Il Post · La Notizia · LaPresse · Brussels Times · laRegione · Il Post · Italienische Handelskammer in Dänemark · FIIA · IRC · Teleborsa · Il Fatto Quotidiano · Il Post · Il Fatto Quotidiano · Il Post · Open · L'Espresso · Money.it · IISS, via Startmag · IEP Bocconi

Wie weit Selbstverteidigung reicht: die ukrainischen Angriffe in Russland, einer nach dem anderen

KURZ GEFASST

- Die UN-Charta erkennt einem angegriffenen Staat das Recht auf Selbstverteidigung zu (Artikel 51). Dieses Recht endet nicht an der Grenze: Gegen einen andauernden bewaffneten Angriff darf die Ukraine militärische Ziele auch in Russland angreifen, sofern dies notwendig und verhältnismäßig geschieht.
- Jeder einzelne Angriff muss jedoch auch das humanitäre Völkerrecht einhalten: nur militärische Ziele, kein unverhältnismäßiger Schaden für Zivilisten, alle praktisch möglichen Vorsichtsmaßnahmen.
- **Rechtmäßig** ohne ernsthafte Zweifel: die Angriffe auf Luftwaffenstützpunkte und Bomber (Operation „Spinnennetz“, Juni 2025), der Vorstoß in die Region Kursk (2024), die Tötung von Offizieren im aktiven Dienst, mit einer Grenze bei den Mitteln.
- **Umstritten**: die Angriffe auf Raffinerien und Pipelines sowie auf die Tanker der „Schattenflotte“, vor allem fern der Front und unter Flaggen von Drittstaaten.
- **Rechtswidrig**: die Tötung gezielt angegriffener Zivilisten wie Darja Dugina und des Bloggers Wladlen Tatarski; unterschiedslose Angriffe auf Grenzstädte, falls bestätigt; die Sabotage von Nord Stream, nach Auffassung des deutschen Gerichts, das einem früheren ukrainischen Offizier den Prozess macht.
- Derselbe Maßstab gilt für Russland, das die große Mehrheit der zivilen Opfer dieses Krieges verursacht hat: Laut UN wurden im ersten Halbjahr 2026 96 % der zivilen Opfer auf ukrainischem Gebiet verzeichnet.

Im Juni 2025 stiegen mehr als hundert Drohnen, versteckt in den Anhängern von Lastwagen, die nach Russland eingereist waren, in der Nähe von vier Luftwaffenstützpunkten auf, bis in die Arktis. Im Juli 2026 trafen ukrainische Seedrohnen in einer Nacht 28 Schiffe im Asowschen Meer. In weniger als zwei Jahren wurden in Moskau und Umgebung mindestens drei russische Generäle durch Bomben getötet. Die Ukraine trägt den Krieg nach Russland hinein, und ein Teil der europäischen Öffentlichkeit fragt sich, ob das noch Verteidigung ist. Das Völkerrecht hat eine Antwort, aber sie ist kein Ja oder Nein: Es ist eine Liste von Bedingungen, die von Fall zu Fall anzuwenden sind. Wie es zum Krieg kam, haben wir in „Von 1990 bis 2022“ rekonstruiert,

mit den Fehlern aller Seiten; das Ergebnis jenes Beitrags ist auch der Ausgangspunkt dieses: Kein westlicher Fehler macht eine Invasion rechtmäßig, und daher hat die Ukraine das Recht, sich zu verteidigen. Die Frage hier ist: wie weit.

DIE REGEL

Zwei Ebenen. Das Völkerrecht betrachtet den Krieg auf zwei Ebenen. Die erste betrifft das *Warum* der Gewaltanwendung: Die UN-Charta verbietet sie (Artikel 2 Absatz 4; siehe Gewaltanwendung) mit einer Ausnahme, der Selbstverteidigung gegen einen bewaffneten Angriff (Artikel 51). Der Internationale Gerichtshof hat klargestellt, dass die Verteidigung *notwendig* und *verhältnismäßig* sein muss (Nicaragua, 1986; Ölplattformen, 2003). Die Verhältnismäßigkeit bemisst sich am Zweck, die Aggression zu beenden, nicht Schlag um Schlag. Gegen eine andauernde Invasion, die rund ein Fünftel des ukrainischen Gebiets besetzt hält, ist der Angriff auf die Stützpunkte, von denen Raketen und Bomber starten, kaum als unverhältnismäßig anzusehen.

Die zweite Ebene betrifft das *Wie*: das humanitäre Völkerrecht, das für den Angreifer und den Angegriffenen gleichermaßen gilt. Angegriffen werden dürfen nur militärische Ziele, also Objekte, die aufgrund ihrer Beschaffenheit, ihres Standorts, ihrer Zweckbestimmung oder ihrer Verwendung wirksam zu militärischen Handlungen beitragen und deren Zerstörung einen eindeutigen militärischen Vorteil bietet (Zusatzprotokoll I zu den Genfer Abkommen, Artikel 52). Selbst ein militärisches Ziel darf nicht angegriffen werden, wenn der zu erwartende Schaden für Zivilisten im Verhältnis zum Vorteil übermäßig ist (Artikel 51). Und alle praktisch möglichen Vorsichtsmaßnahmen sind zu treffen (Artikel 57). Russland und die Ukraine sind Vertragsparteien, und die Regeln sind ohnehin Gewohnheitsrecht.

Angegriffen zu werden gibt also nicht das Recht, alles zu tun. Es nimmt es aber auch nicht weg.

RECHTMÄSSIG

Luftwaffenstützpunkte und Bomber. Am 1. Juni 2025 startete der ukrainische Sicherheitsdienst SBU die Operation „Spinnennetz“. Laut Al Jazeera wurden 117 nach Russland geschmuggelte Drohnen gleichzeitig in der Nähe der Flugplätze gestartet, auf denen strategische Bomber standen, darunter der Stützpunkt Olenja in der Arktis, rund 2.000 Kilometer von der Ukraine entfernt (Al Jazeera). Der SBU sprach von 41 getroffenen Flugzeugen; von unabhängigen Quellen ausgewertete Satellitenbilder bestätigten in den ersten Tagen mindestens dreizehn (The Insider). Die Bomber, von denen Raketen auf ukrainische Städte abgefeuert werden, sind ihrer Natur nach militärische Ziele. Das ist der klarste Fall.

Der Vorstoß nach Kursk. Im August 2024 drang die ukrainische Armee in die russische Region Kursk ein und hielt einen Teil davon einige Monate besetzt, bevor russische Truppen mit Hilfe nordkoreanischer Soldaten ihn zurückeroberten. Den Krieg auf das Gebiet des Angreifers zu tragen, fällt unter die Selbstverteidigung. Wer aber ein Gebiet besetzt, auch nur kurz, hat die Pflichten einer Besatzungsmacht gegenüber den dort lebenden Zivilisten (IV. Genfer Abkommen). Das Urteil über jene Monate hängt davon ab, wie sie behandelt wurden.

Offiziere im Dienst. Im Dezember 2024 wurde General Igor Kirillow, Chef der russischen ABC-Abwehrtruppen, in Moskau durch eine in einem Roller versteckte Bombe getötet; der SBU bekannte sich offen dazu. Es folgten General Jaroslaw Moskalik im April 2025 und General Fanil Sarwarow im Dezember 2025, beide durch Autobomben, und im Juni 2026 Damir Dawydow, der die Versorgung der Armee mit Raketen und Artilleriemunition leitete; die Ukraine äußerte sich nicht (Euromaidan Press; The Washington Times). Ein Soldat im aktiven Dienst ist ein legitimes Ziel, auch fern der Front und außerhalb der Dienstzeit. Die Grenze ist das Mittel. Eine Bombe in einem Hof oder auf einem Parkplatz in einem Wohnviertel muss unverhältnismäßige Schäden für Passanten vermeiden, und das Recht verbietet, unter Vortäuschung eines geschützten Status zu töten, also durch Heimtücke (Artikel 37 des Protokolls I). Eine versteckte Bombe ist an sich keine Heimtücke. Trumps Ukraine-Gesandter Keith Kellogg sagte allerdings, die Tötung Kirillows verstoße gegen die Regeln des Krieges (Strat News Global).

UMSTRITTEN

Raffinerien und Pipelines. Das ist die umfangreichste Kampagne. Laut der Internationalen Energieagentur waren Ende August 2026 nur noch fünf große russische Raffinerien nicht von ukrainischen Drohnen getroffen worden (IEA). Die Rechtsfrage lautet, ob eine Raffinerie ein militärisches Ziel ist. Nach überwiegender Auffassung ist Ölinfrastruktur das nicht von Natur aus: Sie kann es durch Verwendung oder Zweckbestimmung werden (Lieber Institute, West Point). Eine Raffinerie, die die Armee beliefert, wird es: Eine Analyse von Global Witness ergab, dass einige der getroffenen Raffinerien Treibstoff an die russischen Streitkräfte geliefert hatten (Global Witness). Im April 2024 erklärte die Parlamentarische Versammlung des Europarats russische Raffinerien zu legitimen Zielen (gleiche Quelle). Zweifelhafter ist der Fall einer Anlage, die nur deshalb angegriffen wird, weil sie Russland Geld einbringt: Die amerikanische Doktrin akzeptiert Angriffe auf Objekte, die den Krieg durch Finanzierung „aufrechterhalten“, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz nicht. Das Urteil ist Anlage für Anlage zu fällen.

Die Druschba-Pipeline bringt ein zusätzliches Problem: Sie transportiert russisches Öl nach Ungarn und in die Slowakei, die letzten EU-Länder, die es noch auf diesem Weg beziehen. Im Juli protestierten beide Regierungen gegen drei Unterbrechungen in weniger als zwei Wochen infolge ukrainischer Angriffe (The Moscow Times). Die längste Unterbrechung seit Januar war

jedoch durch einen russischen Angriff auf eine Station in der Westukraine verursacht worden (Reuters, via Devdiscourse). Eine Anlage in Russland anzugreifen, die auch Verbündete versorgt, macht den Angriff nicht rechtswidrig, aber der Schaden für Dritte fließt in die Verhältnismäßigkeitsprüfung ein.

Die Tanker der „Schattenflotte". Seit Ende 2025 greift die Ukraine mit Seedrohnen die Tanker an, die russisches Öl unter Umgehung der Sanktionen transportieren: im Schwarzen Meer, auch vor der türkischen Küste, und im Dezember 2025 erstmals im Mittelmeer, wo eine SBU-Quelle das Schiff „ein absolut legitimes Ziel" nannte (Kyiv Post). Putin sprach von Piraterie (Dawn). Hier ist das Recht strenger als an Land. Ein feindliches Handelsschiff darf nur angegriffen werden, wenn es zu einem militärischen Ziel geworden ist; ein Schiff unter der Flagge eines neutralen Landes darf in der Regel angehalten und aufgebracht, nicht versenkt werden (Handbuch von San Remo zum Völkerrecht der bewaffneten Konflikte auf See, 1994, Absätze 59–60 und 67). Viele Schiffe der Schattenflotte fahren unter Flaggen von Drittstaaten. Sie nur deshalb anzugreifen, weil sie Moskau Geld bringen, ist dieselbe umstrittene These von den Objekten, die den Krieg „aufrechterhalten", mit zusätzlichem Risiko für neutrale Länder und ihre Besatzungen. Fester steht die Position bei den Schiffen im Asowschen Meer, die Treibstoff auf die besetzte Krim bringen, wo ihn russische Truppen verwenden: Am 11. Juli 2026 traf die Ukraine 28 von ihnen in einer Nacht (Ground News, das mehrere Quellen zusammenfasst).

RECHTSWIDRIG

Gezielt angegriffene Zivilisten. Im August 2022 wurde Darja Dugina, nationalistische Kommentatorin und Tochter des Ideologen Alexander Dugin, bei Moskau durch eine Autobombe getötet. US-Beamte sagten, sie glaubten, der Anschlag sei von Teilen der ukrainischen Regierung genehmigt worden (The Washington Times); Kyjiw dementierte. Im April 2023 wurde der Militärblogger Wladlen Tatarski (Maxim Fomin) durch eine explodierende Statuette in einem Café in Sankt Petersburg getötet (Kyiv Post). Wer Kriegspropaganda macht, ist kein Kombattant. Einen Zivilisten zu töten, weil er den Feind unterstützt, ist Mord, und im Krieg ist es ein Verbrechen.

Angriffe auf Grenzstädte. Die russische Region Belgorod wird seit Jahren getroffen. Am 20. Juli 2026 traf eine ukrainische Drohne in Schebekino einen Bus und tötete fünf Menschen, darunter ein Kind (AFP, via BSS); im Dezember 2023 meldete Moskau mindestens 20 Tote im Zentrum von Belgorod und warf der Ukraine den Einsatz von Streumunition vor (SBS). Die russischen Behörden sprechen von 250 im ersten Halbjahr 2026 in Russland getöteten Zivilisten, doch die UN kann das nicht überprüfen (Arab News). Nicht alle diese Angriffe sind zwangsläufig rechtswidrig: Eine Grenzstadt kann militärische Ziele beherbergen. Trifft ein Angriff aber einen Bus oder einen Platz ohne präzises militärisches Ziel oder mit Waffen, die nicht unterscheiden,

ist er ein Kriegsverbrechen. Um zu urteilen, braucht es unabhängige Ermittlungen, die in Russland heute nicht möglich sind.

Nord Stream. Am 30. Juni 2026 erhob die Bundesanwaltschaft Anklage gegen einen früheren ukrainischen Offizier, Serhij Kusnjezow, als Anführer der Gruppe, die im September 2022 die Ostsee-Pipelines sprengte. Laut Anklage waren er und die anderen Soldaten, die im Auftrag ukrainischer staatlicher Stellen handelten, und der Vorwurf umfasst die Beihilfe zu einem Kriegsverbrechen: dem Angriff auf zivile Infrastruktur (Eurointegration). Der Prozess begann am 14. Oktober in Hamburg (Euronews). Der Bundesgerichtshof schrieb in einer Entscheidung zur Untersuchungshaft, die Pipeline sei zivile Infrastruktur in neutralen Gewässern gewesen und habe kein militärisches Ziel sein können (Babel); die Verteidigung vertritt das Gegenteil. Kyjiw bestreitet, die Sabotage organisiert zu haben. Wird die Anklage bewiesen, ist Nord Stream das klarste Beispiel für die Grenze der Verteidigung: ein ziviles Gut in Gewässern von Drittstaaten, teilweise im Besitz europäischer Unternehmen. Wir haben die Frage ausführlich in „War Nord Stream ein militärisches Ziel?“ behandelt, in der Serie „Europas Entscheidungen“.

IST DER WAFFENLIEFERANT KOMPLIZE?

Im Allgemeinen nein. Einem Staat zu helfen, der sein Selbstverteidigungsrecht ausübt, ist kein Unrecht, weil die Verteidigung rechtmäßig ist. Der Lieferant haftet in zwei Fällen. Erstens: wenn er Waffen *in Kenntnis* liefert, dass sie zur Begehung von Kriegsverbrechen verwendet werden (Artikel 16 der Artikel über die Staatenverantwortlichkeit; Vertrag über den Waffenhandel, Artikel 6 und 7, für die Vertragsstaaten; Gemeinsamer Standpunkt der EU 2008/944). Zweitens: wenn er sich direkt an den Operationen beteiligt, etwa indem er die Ziele auswählt. Die Beschränkungen, die einige Verbündete für den Einsatz ihrer weitreichenden Waffen gegen russisches Gebiet erlassen haben, waren politische Entscheidungen, keine rechtlichen Pflichten. Laut Kyjiw wird ein Großteil der hier beschriebenen Angriffe, auch auf Raffinerien, mit in der Ukraine gebauten Drohnen ausgeführt.

UND DER ENERGIEPREIS?

Die Angriffe auf Raffinerien haben die russische Treibstoffproduktion verringert und Moskau dazu gebracht, Dieselexporte zu beschränken. Laut Axios trägt die Drohnenkampagne dazu bei, die Weltenergiepreise zu erhöhen, die wegen des Krieges mit Iran ohnehin hoch sind (Axios). Die Wirkung betrifft vor allem Diesel. Die Energiekosten der europäischen Industrie hängen vor allem von Gas und Strom ab, und die EU importiert seit 2023 keine russischen Raffinerieprodukte mehr. Kosten für Dritte machen einen Angriff auf ein militärisches Ziel nicht rechtswidrig; sie können aber in die politischen Entscheidungen der Verbündeten einfließen.

SYMMETRIETEST

Dieselbe Regel für Moskau. Wenn eine Raffinerie, die die Armee beliefert, ein legitimes Ziel ist, dann auch ein ukrainisches Treibstofflager. Wenn ein Kraftwerk, das Haushalte versorgt, ein ziviles Objekt ist, dann auf beiden Seiten. 2024 erließ der Internationale Strafgerichtshof Haftbefehle gegen vier hochrangige russische Befehlshaber, darunter Ex-Verteidigungsminister Schoigu und Generalstabschef Gerassimow, wegen der Angriffe auf das ukrainische Stromnetz, die als gegen zivile Objekte gerichtet oder jedenfalls unverhältnismäßig gelten (siehe unsere Seite über die Flüchtigen des IStGH).

Die Größenordnungen. Der Maßstab ist derselbe, die Zahlen nicht. Laut UN wurden im ersten Halbjahr 2026 96 % der zivilen Opfer auf ukrainischem Gebiet verzeichnet, großenteils durch russische Langstreckenraketen und -drohnen; dieselbe Quelle gibt die russischen Zahlen zu Opfern in Russland wieder, ohne sie überprüfen zu können (Gwara Media). Zu sagen, dass die Ukraine Unrecht begeht, mindert nicht die Verantwortung Russlands; zu sagen, dass Russland viel mehr begeht, löscht das der Ukraine nicht aus.

Derselbe Gerichtshof für alle. Die Ukraine verlangt zu Recht, dass der Internationale Strafgerichtshof russische Verbrechen verfolgt. Sie ist seit dem 1. Januar 2025 Vertragspartei des Römischen Statuts. Bei der Ratifikation nutzte sie jedoch eine Übergangsbestimmung, Artikel 124, um für sieben Jahre die Zuständigkeit des Gerichtshofs für Kriegsverbrechen auszuschließen, die mutmaßlich von ihren Staatsangehörigen begangen wurden: Es ist das erste Mal, dass ein Staat sie auf diese Weise nutzt (Koalition für den IStGH). Amnesty International hat die Rücknahme der Erklärung gefordert (Amnesty). Es ist eine vom Statut vorgesehene Klausel, aber auch der Punkt, an dem der Maßstab Gefahr läuft, nicht für alle derselbe zu sein.

Die Quellen. Bei vielen dieser Vorfälle sind die Quellen parteiisch: die russischen Behörden für die Opfer in Russland, der SBU für die Ergebnisse seiner Operationen. Wir haben sie als solche gekennzeichnet und, wo es eine unabhängige Überprüfung gibt, diese vorgezogen.

UNSER URTEIL

Dieser Abschnitt gibt die Position der Seite wieder. Er ist von den oben dargestellten Fakten getrennt.

Die Frage „Darf man sich durch Angriff verteidigen?“ hat eine klare Antwort: ja. Ein überfallenes Land muss nicht auf die Raketen auf eigenem Boden warten, und die Stützpunkte anzugreifen, von denen sie starten, ist Verteidigung im strengsten Sinn. Wer von der Ukraine verlangt, russisches Gebiet nicht anzurühren, verlangt von ihr praktisch, mit einer gebundenen Hand zu kämpfen.

Aber das Recht, das die Ukraine vor der Aggression schützt, ist dasselbe, das ihr Grenzen setzt. Eine Bombe für einen Blogger, eine Drohne auf einen Bus, eine zivile Pipeline in neutralen Gewässern sind keine Verteidigung: Sie folgen derselben Logik, die die Ukraine zu Recht anprangert, wenn Moskau sie anwendet. Die ukrainische Verteidigung zu unterstützen und zu verlangen, dass sie das humanitäre Völkerrecht achtet, sind keine zwei gegensätzlichen Positionen. Es ist dieselbe Position.

WAS ZU BEOBACHTEN IST

- Der Hamburger Prozess zu Nord Stream und die mögliche Auslieferung der anderen Verdächtigen.
- Unabhängige Ermittlungen, falls sie je möglich werden, zu den Angriffen in der Region Belgorod.
- Die Haltung der Flaggenstaaten und der Türkei zu Angriffen auf Tanker in ihren Gewässern oder vor ihren Küsten.
- Die Erklärungen der Verbündeten zum Einsatz der gelieferten Waffen gegen russisches Gebiet.
- Ob die Ukraine ihre Erklärung nach Artikel 124 zurücknimmt (siehe Symmetrietest) und ob der Internationale Strafgerichtshof Ermittlungen zu ukrainischem Verhalten aufnimmt.

Quellen: Al Jazeera · The Insider · Euromaidan Press · The Washington Times · Strat News Global · IEA · Lieber Institute, West Point · Global Witness · The Moscow Times · Reuters, via Devdiscourse · Kyiv Post · Dawn · Ground News, das mehrere Quellen zusammenfasst · Kyiv Post · AFP, via BSS · SBS · Arab News · Eurointegration · Euronews · Babel · Axios · Gwara Media · Koalition für den IStGH · Amnesty

4/4 · MEINUNG · 8. NOVEMBER 2026

Aufrüstung wird kalt serviert

In der Nacht zum 2. November stiegen die Tiefkühler Hunderter Supermärkte in mindestens elf europäischen Ländern auf 50 Grad. Niemand brach eine Tür auf: Jemand drang in eine offen im Netz liegende Steuerungssoftware ein, oft alt, manchmal mit dem Werkspasswort (die Fakten hier). Zwei prorussische Gruppen bekannten sich, ohne überprüfte Beweise. Binnen weniger Tage wurde die Episode Teil einer größeren Erzählung, der vom hybriden Krieg und von einem Europa, das aufrüsten muss. Die Gegenmaßnahmen, die Experten nannten, waren allerdings anderer Art: die Bedienfelder vom Netz nehmen, die Passwörter ändern, die Software aktualisieren. Für die Tiefkühler genügte das.

Ich beginne mit dem, was einzuräumen ist, weil es wahr ist. Die Bedrohung existiert. Die Gruppen, die sich bekannt haben, haben Vorläufer, und zwei westliche Regierungen haben ihre Verbindungen zum russischen Staat dokumentiert. Die Ukraine hat das Recht, sich zu verteidigen, und ihr dabei zu helfen, ist rechtmäßig. Wer sagt, heute einen europäischen Gesandten für Verhandlungen mit Moskau zu ernennen, wäre ein Geschenk an den Kreml, hat ein ernstes Argument: Im Mai drohte Russland ausländischen Diplomaten in Kyjiw, und Kaja Kallas vertritt die Ansicht, Europa könne kein neutraler Vermittler sein, weil es auf der Seite des Angegriffenen steht (Euronews). Vielleicht hat sie recht. Vielleicht bekäme ein Gesandter heute nur eine Absage. Ich weiß es nicht. Ich weiß aber etwas anderes: Die Frage ist nicht, ob Europa sich verteidigen soll, sondern wie schnell sich seine beiden Hände bewegen, die, die bewaffnet, und die, die verhandelt.

Und hier liegt der Punkt. Die SAFE-Verordnung, 150 Milliarden an Krediten für die Verteidigung, wurde am 19. März 2025 vorgeschlagen und am 27. Mai angenommen: rund zehn Wochen (Rat der EU). Um schnell zu sein, nutzte man Artikel 122 der Verträge, die Notfallklausel, die das Europäische Parlament außen vor lässt, so sehr, dass das Parlament den Rat vor den Gerichtshof brachte (La Notizia). Die Idee eines Gesandten für die Verhandlungen wurde seit März 2025 diskutiert (Politico, via Torre); im Mai 2026 beschlossen die Minister, sie zu vertagen, bis die Forderungen an Moskau feststehen (Table.Media). Für die Waffen der Notfall. Für den Frieden die Vorbedingungen. Dasselbe Ungleichgewicht zeigt sich im Haushalt: Der Vorschlag für 2028–2034 verfünffacht die Mittel für Verteidigung und Raumfahrt (Kommission, via FastForward), während dem Instrument, das auch die Konfliktprävention finanziert, eine doppelt so starke Kürzung wie dem Rest droht (IRC). Dringlichkeitsverfahren, gemeinsame Kredite, verfünffachte Budgets, ein ausgeschlossenes Parlament. Und für die Diplomatie eine Vertagung.

Nicht ganz Europa denkt gleich, und es ist richtig, das zu sagen. Frankreich, Italien, Österreich und Belgien haben offen gefordert, einen Kanal nach Moskau zu öffnen; Deutschland, Polen, die baltischen und nordischen Länder ziehen es vor, den Druck zu erhöhen (Euronews). Im Juni ließ der Präsident des Europäischen Rates, António Costa, sein Kabinett einen Kontakt zum Kreml aufnehmen: Mehrere Regierungen protestierten, weil sie nicht konsultiert worden waren, und diese Kontakte dienten nur dazu, eine Leitung zu öffnen, ohne in die Sache zu gehen (Euronews). Das Problem ist nicht, dass jemand Krieg will. Es ist, dass die Aufrüstung schnelle, fertige Werkzeuge hat und die Diplomatie nicht: Um einen Gesandten zu bestimmen, braucht es die Einstimmigkeit von siebenundzwanzig Regierungen, und ein einziges Nein genügt, um alles zu stoppen. So ist bei jedem neuen Alarm die am leichtesten zu beschließende Antwort immer dieselbe. Man muss an keine Verschwörung denken. Es genügt zu sehen, welche Tür sich mit der geringsten Mühe öffnet.

Auf dieser Seite haben wir in einem Manifest geschrieben, dass man vor jeder Entscheidung für Gewalt nachweisen können sollte, dass der Verhandlungsweg wirklich ausgeschöpft und nicht auf halber Strecke aufgegeben wurde („Wir Werden Nicht Wegsehen, Solange Krieg Gewählt Wird“). Heute gibt es diesen Nachweis nicht: Eine ohne Mandat geöffnete Leitung ist keine versuchte Verhandlung. Verhandelt haben bisher andere. Für die Tiefkühler genügte ein neues Passwort. Für den Frieden würden ein Name und ein Mandat genügen. Nach mehr als anderthalb Jahren suchen wir sie noch immer.

Quellen: Euronews · Rat der EU · La Notizia · Politico, via Torre · Table.Media · Kommission, via FastForward · IRC · Euronews · Euronews

---

N3R1-70 — I Will Not Look Away — Online-Version: https://iwillnotlookaway.org/s/de/serie-frieden-aufruestung-volltext.html